

NO

**Walter
Oswalt**

MONO

**Kapitalismus
ohne Konzerne**

**Für eine liberale
Revolution**

LIT

- 7 Zurück zum
Kapitalismus**
Eine politische Ökonomie
der Entmachtung
- 45 Eine Welt ohne
Konzerne
ist möglich**
Konzept für eine antimono-
politische Revolution
- 105 Befreit die Märkte**
Tradition und Perspektive
eines starken Liberalismus
- 155 Gründet Europa neu**
Zwölf Vorschläge für
eine demokratische,
postnationale Verfassung
- 207 Zivilisiert
die Zivilisation**
Ideen für eine Gesellschaft
der Machtgleichheit
- 227 Nachwort**
von Roland Schaeffer

Nachwort

Dass die nächste Revolution eine liberale sein könnte, ist eine unerwartete Idee, zumal in Deutschland. Überraschungen dieser Art sind jedoch charakteristisch für das Denken des Frankfurter Publizisten und Philosophen Walter Oswalt, der die Frage der Begrenzung und Kontrolle von Macht in modernen Gesellschaften zu seinem Lebensthema gemacht hat.

Dabei ist die „Idee der Revolution“, wie Oswalt zeigen kann, selbst eine „Erfindung des Liberalismus“. Er unterscheidet dabei die historische Herkunft und Bedeutung politischer Begriffe von ihrer Verwendung im heutigen Alltag. So sei der ursprüngliche Liberalismus, wie er in der Englischen Revolution des siebzehnten Jahrhunderts von den „Levellers“ entwickelt wurde, die Quelle einer dreihundertjährigen rechtsstaatlichen Tradition und somit sowohl konservativ und verfassungsschützend als auch revolutionär. Der herrschende Neoliberalismus hingegen ist für Oswalt „freiheitsfeindlich, indem er eine kontrarevolutionäre Rückentwicklung unserer wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften zu erreichen sucht“.

Die Ursprünge und Schicksale des liberalen Denkens freizulegen ist eines der wichtigsten Anliegen Oswalts. „Die Geschichte lässt sich interpretieren als Auseinandersetzung zwischen den Zivilisationsprinzipien Machtkonzentration und Machtminimierung“, heißt es unter Anspielung auf Karl Marx' berühmtes Diktum, das nach Oswalts Meinung der Ökonomie zu viel eigenständige Bedeutung gewährt. Ihm geht es deshalb um systemische Zusammenhänge zwischen Politik, Ökonomie und Religion. Dabei reicht sein Blick von den „machtminimierenden“ Aspekten der Weltreligionen über die Entstehung moderner, liberaler Verfassungen aus den sozialen Bewegungen

seit dem siebzehnten Jahrhundert bis zum Ordoliberalismus des zwanzigsten Jahrhunderts.

Dass die Wirtschaftsordnungen der Moderne, bei all ihren Leistungen, weder ökologisch noch demokratisch für Stabilität und Machtgleichheit sorgen können, treibt Oswalt um. „Wir brauchen einen Systemwechsel“, folgert er. Gegenwärtig verhindere illegitime wirtschaftliche Macht die freie Entfaltung der Persönlichkeit ebenso wie die freie Entfaltung technologischer Vielfalt. Illegitime wirtschaftliche Macht steuere die Öffentlichkeit gemäß den eigenen Interessen. Die Folge sei eine Uniformierung der Gesellschaft in politischer, ökonomischer, technischer und spiritueller Hinsicht. Da wirtschaftliche Macht nicht wirksam politisch, also demokratisch, begrenzt werde, würden monopolistisch organisierte Konzerne ihrerseits die Politik kapern, sich dem Wettbewerb auf dem Markt entziehen, mit eindimensionalen Strategien die Ressourcen der Menschheit vernutzen, die Umwelt zerstören und die Zukunft der nachfolgenden Generationen verbauen. Oswalt plädiert demgegenüber für eine strikte staatliche Ordnungspolitik, für die Auflösung von Monopolen und für die Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Eine solche individualistische Ökonomie ist für ihn „in ihrer bürgerlichen wie in ihrer proletarischen Variante marktorientiert und machtfeindlich. Sie eröffnet der heutigen Globalisierungsbewegung eine neue Perspektive.“

Von fundamentalistischem Schwarz-Weiss ist Oswalt, bei aller Schärfe der Diagnosen und oft auch der Sprache, weit entfernt. Die Gleichzeitigkeit gegenläufiger historischer Entwicklungen ist ihm nicht fremd. Obwohl in den letzten Jahrzehnten oligopolistische Wirtschaftsmacht zugenommen hat, Staaten zentralistischer und wichtige Menschenrechte verletzt wurden, konnten in anderen Bereichen des Lebens die demokratische Selbstbestimmung erweitert und die rechtsstaatlichen Sicherungen verbessert werden. „No Mono“ – dieser Kampfruf gegen Eindimensionalität im Denken, Wirtschaften und Glauben, gilt auch für Oswalts eigene Methode. Es ist ihm wichtiger, durch scharfe Formulierungen und deutliche Alternativen die Debatte zu befeuern, als am Ende Recht zu behalten.

Ein starkes Motiv in Oswalts politischem Denken und Handeln ist die Umweltkrise. Der gelernte Gärtner war Mitglied der ersten Fraktion der Partei Die Grünen im Frankfurter Römer. Von Oswalt angeregte Aktionen gegen Wasserverschmutzung brachten damals städtische und Landes-Behörden gehörig ins Schwitzen. Beim Kampf gegen die Startbahn West oder die Stationierung von Pershing-Raketen im Stadtteil Hausen gehörte er zu den Aktivisten der ersten Stunde. Die globalisierungskritische Organisation Attac unterstützte er früh und wurde Mitglied ihres Wissenschaftlichen Beirats. Nach dem Ende der Zeit als Stadtverordneter zog Oswalt nach Wien, wo er unter anderen bei Karl Popper studierte und, neben seiner Tätigkeit als freier Journalist, mit einer wirtschaftspolitischen Arbeit promoviert wurde. Schließlich übernahm er die wissenschaftliche Leitung des Frankfurter Walter-Eucken-Archivs. Damit war eine intensive Auseinandersetzung mit dem Erbe des Freiburger Ordoliberalismus verbunden – einer Tradition, auf die sich unterschiedlichste wissenschaftliche und politische Strömungen berufen, während ihr kritischer Impuls und ihre scharfe Polemik gegen die Konzentration wirtschaftlicher Macht gern übersehen werden. Als Archivar und Herausgeber zentraler Schriften führt Oswalt seither eine streitbare Feder gegen alle Versuche feindlicher Übernahme.

Selbst an eine der starken politisch-intellektuellen Strömungen anzudocken, ist ihm bisher aber nicht gelungen. Die ökologischen und sozialen Bewegungen und Parteien, denen er sich verbunden fühlt, greifen in Wirtschaftsfragen eher auf eine traditionell linke Argumentation zurück. Oswalts Auseinandersetzung mit den fatalen Folgen sozialistischer wie kapitalistischer Wirtschaftsmacht stößt dort bis heute auf wenig Gegenliebe. Weder sein radikalliberales Politikverständnis noch sein Vertrauen auf die machtmindernde Wirkung wirklich offener Märkte sind bisher anschlussfähig. Hinzu kommt eine ökonomisch-politische Diskurslandschaft, die weniger das Anreigungspotential von Argumenten als vielmehr deren möglichst reibungsfreie Übereinstimmung mit der eigenen wissenschaftlichen beziehungsweise politischen Strömung würdigt.

NO MONO fängt da an, wo die meisten Bücher über Kapitalismuskritik aufhören. Es geht nicht nur um die Folgen der weltweiten Monopolisierung für Rechtsstaat, Demokratie, Natur und Kultur, sondern um die politische Überwindung des Monopolismus.

NO MONO entwirft den Weg zu einem anderen Wirtschaftssystem, einer Marktwirtschaft, die frei von Konzernmacht ist und neue Perspektiven öffnet.

LIT

www.lit-verlag.de

